Nr. 593 47. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Dienstag, 19. November 1918

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Tagung der Arbeiterräte im Zirkus Busch.

Für und gegen die konstituierende Versammlung.

Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Im Zirkus Busch versammelten sich heute vormittag sämtliche Arbeiterräte Groß-Berlins zur Entgegennahme des Berichts des Vollzugsrats über seine bisherige Tätigkeit. Ebert wohnte der Tagung bei. Leiter war das Mitglied des Vollzugsrats Molkenbuhr. Richard Müller vom Vollzugsrat erstattete den Bericht. Er führte dabei im wesentlichen aus:

„Noch ist dem deutschen Volke nicht klar geworden, in welch furchtbares Elend wir durch den Krieg hineingetrieben wurden und welch schwere Zeit vor uns liegt. Der Mangel an Rohstoffen wird zu großer Arbeitslosigkeit führen, wozu noch das drohende Gespenst der Hungersnot kommt. In dieser verzweifelten Lage haben wir die Regierung übernommen. Fast übermenschliche Kraft war aufzuwenden, um den vielfachen Anforderungen des Amtes gerecht zu werden und den vielen Hilferufen aus Deutschland abzuhelfen, was allerdings nicht immer in unserer Macht stand. Das Abgeordnetenhaus, wo wir unsern Sitz haben, wird täglich von Menschenmassen [illegible]lich belagert, die bei uns Hilfe suchen. Erschwerend hierbei [illegible] daß wir zwar mit großer Macht ausgerüstet sind, daß uns [illegible] ein durchgebildeter Beamtenapparat fehlt, der der alten Regierung zur Verfügung stand. Allerdings sehen wir jetzt, wie die Sitzen jener Regierung aus allen Ecken hervorkriechen und sich an uns heranschlängeln, doch sind wir ihnen gegenüber auf der Hut. Unsere erste Aufgabe war, Ruhe und Ordnung in Berlin herzustellen. Der Sicherheitsdienst mußte eingerichtet werden, weil uns die Schutzmannschaft nicht zuverlässig erschien. Die nun herangezogenen Soldaten haben nach jeder Richtung hin ihre Schuldigkeit getan, doch waren unter ihnen auch

unlautere Elemente,

die Ausschreitungen verübten, meist veranlaßt durch die mangelhafte Sicherstellung ihrer Verpflegung während der ersten Revolutionstage. Plünderungen wurden von einzelnen und von ganzen Banden verübt, bis wir durch energische Maßnahmen dem Unheil steuern konnten. Die Sicherstellung der Ernährung konnte bisher befriedigend gelöst werden, hauptsächlich durch die von Immanuel Wurm geschaffene Organisation. Sorge verursachten uns anfangs die Anfänge einer Gegenrevolution. Es tauchten Putschversuche auf, an denen Offiziere beteiligt waren und die auf den Sturz der Republik hinarbeiteten. Diese Gefahr schien uns so groß, daß die Errichtung einer roten Garde aus Zivilisten geboten werden sollte. Der Plan mußte jedoch wegen der Gegnerschaft der Soldaten wieder fallen gelassen werden. Jetzt scheint die Gefahr einer Gegenrevolution nicht mehr so groß zu sein. Aber eine andere Gefahr droht. Ueberall bildeten sich Ausschüsse und Kommissionen, die sich allerlei Rechte anmaßten und Verfügungen in die Welt schickten, die eine heillose Verwirrung anrichteten. Um diesem Unwesen zu steuern, mußte eine Verfügung erlassen werden, die besagte, daß lediglich der Arbeiter- und Soldatenrat die allein maßgebende Behörde sei.

Das Zurückflutenden Truppen

verursacht viel Arbeit und Sorge. Die militärischen Dienststellen bestürmen uns mit Depeschen um Hilfe, die wir aber meistens nicht gewähren können. Auch die Demobilisierung der Heimatkruppen haben wir zu leiten. Hierbei arbeiten wir Hand in Hand mit der Regierung und dem Kriegsministerium. Weitere Schwierigkeiten erwachsen dem Vollzugsausschuß auf dem Gebiete des Sanitätswesens und auf dem der Kontrolle über die Behörden und Kriegsgesellschaften. In letzteren sind Werte von vielen Millionen aufgespeichert und unsaubere Elemente suchen besondere Geschäfte zu machen. Bei der Kontrolle der Kommunalverwaltungen sind leider Mißgriffe vorgekommen. So beschwerte sich gestern eine Gemeinde, daß die ihr gesandten Kontrolleure sich übel betragen hätten. Sie beriefen eine Sonntag eine Gemeinderatssitzung, schossen die Gemeindevertreter ein und durchsuchten dann Fleischer- und Bäckerläden nach Nahrungsmitteln. Der Vollzugsrat tat einen wichtigen Schritt, als er in Arbeiterkreisen die Vollzugsgewalt den freien Gewerkschaften übertrug. (Rufe: Leider!) Wir im Vollzugsrat sind eben nicht in der Lage, in Streitfällen zwischen Unternehmern und Arbeitern einzugreifen. Dazu mußte eine Instanz geschaffen werden, und an den Arbeitern liegt es jetzt, die Führer der Gewerkschaft anzutreiben und ihnen den zu gehenden Weg vorzuschreiben. Die Arbeiterfrage muß gelöst werden durch die Gewerkschaften im Einverständnis mit den politischen Parteien. Fügen sich einzelne Unternehmer nicht, oder legen sie ihre Betriebe still, so werden wir diese enteignen. Die Uebertragung der Vollzugsgewalt auf die freien Gewerkschaften hat bei den Angestelltenverbänden Entrüstung ausgelöst. Diesen Verbänden möchten wir die Frage vorlegen: Wo waret ihr vor der Revolution, und hat ihr jemals versucht, der Reaktion die Stirn zu bieten? Sobald ihr euch aufrafft, die Revolution mitzuverteidigen, sollt ihr die Macht haben, vorläufig aber bleibt ihr unter der Kontrolle der freien Gewerkschaften. Jetzt bilden sich überall Räte, auch Räte der geistigen Arbeit. Eine diese aber in unseren Rat aufgenommen werden, müssen wir wissen, wer sie sind und was sie wollen. Wenn jene Leute Einfluß gewinnen sollten, so wären wir wert, davongejagt zu werden. Wir wollen nicht Parasiten aufnehmen, die sich jahrzehntelang vom Marke des Volks ernährt haben. Neben Hausbesitzerräten fehlen jetzt nur noch Millionärräte. Allen werden wir zeigen, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat. Aus allen diesen Vorgängen heraus erklärt sich der Schrei nach der Konstituante. Man will auf diesem Wege die proletarische Gewalt in die Hände der bürgerlichen Kreise überleiten.

Wir aber wollen keine demokratische, sondern eine sozialistische Republik.

(Widerspruch und Unruhe.) Die Konstituante ist ein Problem, das in der Zukunft liegt. Die Staatsgewalt, die sich heute in unseren Händen befindet, wollen wir festhalten. Die Nationalversammlung bedeutet für uns das Todesurteil, und der Weg zur Konstituante wird nur über meine Leiche führen. (Widerspruch und Beifall.) Wir befinden uns jetzt in einem Provisorium, das möglichst bald beseitigt werden muß. Es soll demnächst ein Zentralkongreß sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte aus ganz Deutschland einberufen werden, der einen neuen, für ganz Deutschland bestimmten Vollzugsrat ernennen soll. Neuerdings wird vielfach versucht, die sozialistische Republik zu diskreditieren. Es wird auch behauptet, daß Agrarier im Osten Lebensmittel in den Wäldern vergraben, um sie den Städten vorzuenthalten. Nun, solchen Herrschaften muß gesagt werden, daß sie die Diktatur des Proletariats haben können und daß wir sie rücksichtslos behandeln werden, wenn sie uns das Leben schwer machen. (Lebhafter Beifall.)

Nach dieser Rede wurden mehrere

Anträge und Entschließungen

eingebracht.

Dann sprach Haase: Er betonte die Notwendigkeit, die Nationalversammlung einzuberufen, vor der sich niemand zu fürchten brauche. Die Errungenschaften der Revolution dürften dadurch nicht verloren gehen.

Rechtsanwalt Dr. Thiele führte aus, daß die Groß-Berliner Anwaltschaft geschlossen hinter den Bestrebungen und Forderungen der Revolution stehe und sich zur Mitarbeiterschaft am gemeinsamen Werk freudig bereit erkläre. Das Hauptbestreben sei die Einberufung der Nationalversammlung. In ähnlichem Sinne äußert sich Geheimer Justizrat Fuchs, ebenfalls im Namen der Anwaltschaft.

* * *

Die Gegensätze zwischen denjenigen, die das Schicksal und die Zukunft des Landes nach dem demokratischen Gerechtigkeitsprinzip nur durch eine vom ganzen Volke gewählte Konstituierende Versammlung regeln lassen wollen, und den Anhängern einer proletarischen Diktatur haben sich in den letzten vierundzwanzig Stunden erheblich verschärft. Der Verlauf der Beratungen, die mit der heute im Zirkus Busch tagenden Versammlung der Arbeiterräte begonnen haben, kann entscheidend werden. Zugleich mit der Frage der Konstituierenden Versammlung steht die Frage zur Entscheidung, wer heute in Deutschland regiert und wer regieren soll. Liegt die oberste Autorität bei der Regierung, oder liegt sie bei den Arbeiter- und Soldatenräten, und ist die Regierung nichts als ein Vollzugsinstrument dieser aus der Revolution hervorgegangenen Körperschaften?

Die Regierung tritt fast einstimmig für die Einberufung der Konstituante ein. Nicht nur Ebert, sondern auch Haase spricht sich entschieden in diesem Sinne aus. Haase, dessen Aufgabengebiet jetzt die auswärtige Politik umfaßt, weiß sehr genau, daß wir weder den Frieden, noch die Hilfe Amerikas bei Ueberwindung der drohenden Ernährungsschwierigkeiten, noch ein freundschaftliches Verhältnis zu den anderen Völkern erhalten können, wenn die proletarische Diktatur Deutschland beherrscht. Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands hat heute an der Spitze des „Vorwärts" einen Aufruf zum Wahlkampf veröffentlicht. Es heißt darin:

Rechts sammeln sich die alten bürgerlichen Parteien, um die Geschicke Deutschlands möglichst in ihrem Sinne zu beeinflussen. Links von uns stehen Gruppen, welche die Entwicklung in Rußland hinzuzerren wollen, die unseren demokratischen Grundsätzen widersprechen. Schwere Kämpfe stehen uns daher bevor! Im kommenden Frühjahr sind Vertretungskörperschaften für Reich, Staat und Gemeinden zu wählen. Ein äußerst rege Agitations- und Werbearbeit muß einsetzen!"

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands rechnet also mit der Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Man muß beachten, daß er die Wahlen erst „im kommenden Frühjahr" zu erwarten scheint, immerhin aber betont er andauernd seine demokratischen Grundsätze, als Antwort auf die Forderung nach proletarischer Diktatur.

Auch die „Freiheit", das Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, lehnt die Nationalversammlung nicht grundsätzlich ab, während die „Rote Fahne" der Spartacusgruppe natürlich von keiner derartigen Versammlung irgend etwas wissen will. Vorläufig hat ja die Regierung, wie heute früh zu erlesen war, erklären lassen, die Wahlen fänden noch nicht am 2. Februar statt, der Termin sei noch unbestimmt. Gleichzeitig scheint sie, um den Linkselementen entgegenzukommen, bereit zu sein, die Sozialisierung schon vor dem Zusammentritt einer gesetzgebenden Versammlung zu beginnen.

In der heutigen Versammlung im Zirkus Busch sind Beschlüsse noch nicht gefaßt worden — man hat viele Anträge eingebracht und will schließlich alles einem Ausschusse überweisen. Der allgemeine Eindruck war, daß der Berichterstatter Müller, Mitglied des Vollzugsrates, der erklärte, daß der Weg zur Nationalversammlung nur über seine Leiche gehen würde, eine starke Anhängerschaft besaß, aber bei der großen Verwirrung war es nicht möglich, die wahre Stimmung der Mehrheit festzustellen.

Was geht in Posen vor?

Die polnischen Loslösungsbestrebungen.

Aus der Provinz Posen sind in den letzten Tagen allerhand alarmierende Nachrichten gekommen. Die Polen scheinen offen die Loslösung der Provinz vom Deutschen Reiche vorzubereiten. Täglich gehen uns zahlreiche Briefe von Deutschen zu, die diese politischen Bestrebungen mit Einzelheiten belegen, während die Polen alles abzustreiten versuchen. Die Tatsachen aber sprechen gegen die Polen. Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten haben die Polen benutzt, um in den verschiedensten Bezirken die Gewalt in ihre Hände zu bringen. In Posen hat man den Oberbürgermeister Dr. Wilms, der, wie alle Stadtoberhäupter, seinerzeit aus der freien Wahl der Stadtverordneten hervorgegangen ist, kurzerhand abgesetzt und durch den polnischen Rechtsanwalt Dr. Drwenski ersetzt. Zum Polizeipräsidenten hat man den polnischen Rechtsanwalt Celichowski gemacht, und hat auch die meisten städtischen Ehrenämter der Stadt, vornehmlich im Ernährungswesen, den Deutschen abgenommen. In gleicher Weise ist man verfahren in Wronke, Samter und Ostrowo und hat auch hier die deutschen Bürgermeister beseitigt und die Polizeigewalt in polnische Hände gebracht. Polnische Agitatoren, voran Herr Korfanty, der nach Posen übergesiedelt ist, haben eine umfangreiche nationalistische Propaganda eingeleitet. Listen für Freiwillige sind aufgelegt, und etwa 20—25 000 haben sich bereits eingeschrieben, die nur auf das Stichwort warten, um sich im Falle eines bewaffneten Konflikts zur Verfügung zu stellen. Wenn man ferner weiß, wie die Polen sich seit Jahrzehnten in den Ostmarken ihre Landsleute in Turn-, Gesang-, Geselligkeitsvereinen, in Genossenschaften und politischen Verbänden bis fast auf den letzten Mann zusammengeschlossen haben, wie sich stets auch die Kirche in den Dienst der nationalpolnischen Sache gestellt hat, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung von dem Umfange der geschlossenen Macht machen, die jetzt hinter den polnischen Führern steht.

Der Zweck dieser Bestrebungen ist offenbar, noch vor dem Zusammentritt der Friedenskonferenz eine vollendete Tatsache zu schaffen und die Provinz Posen dem polnischen Reiche anzugliedern. Das geht unzweideutig auch aus einem Telegramm hervor, das Pilsudski, der augenblickliche Diktator Polens, an die Regierungen aller kriegführenden und neutralen Staaten gerichtet hat. Darin wird „die Entstehung des unabhängigen polnischen Staates notifiziert, der alle Teilungsgebiete umfaßt". Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß erst die Friedenskonferenz über das Schicksal der Provinz Posen zu entscheiden hat, und zwar auf Grund des Wilsonschen Programms, das nur die Gebiete, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, dem polnischen Staate zuerkannt wissen will, und selbst das auch nur dann, wenn dadurch nicht „neue oder gesichtete werden. Nun liegen aber die Verhältnisse so, daß, nach den Reichsziffern der letzten Volkszählung vom Jahre 1910, nur der östliche Teil der Provinz, der Regierungsbezirk Posen, von einer überwiegend polnischen Bevölkerung (67,88 Prozent) bewohnt ist, während der westliche Teil, der Regierungsbezirk Bromberg, zu gleichen Teilen von deutschen und Polen (etwa 50 Prozent) bevölkert ist. Würde also die deutsche Regierung durch ein laissez faire, laissez aller den polnischen Bestrebungen noch weiter untätig zusehen, so würden große deutsche Volksteile den Polen auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und da die Provinz Posen als Ueberschußgebiet für die Ernährung nicht zuletzt Groß-Berlins eine entscheidende Rolle spielt, so würde auch die Lebensmittelversorgung Preußens in Frage gestellt. Die Polen aber haben sich gerade in der letzten Zeit so außerordentlich intolerant gezeigt, haben in Galizien die schlimmsten Judenhetzen veranstaltet, haben die Deutschen aus Posen mit Schmach und Schande aus dem Lande gejagt und haben alles deutsche Eigentum, und ganz besonders das rollende Eisenbahnmaterial, beschlagnahmt.

Das alles sind Tatsachen, die uns eine ungefähre Vorstellung von dem Schicksal machen können, das deutschen Volksteilen unter polnischer Mißherrschaft bevorstehen würde, falls dem Treiben der Polen in Posen nicht rasch und wenn es sein muß mit Zwangsmitteln, Einhalt geboten wird.

Das Vorgehen der Polen ist selbst mit den klaren Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages unvereinbar. Darin steht kein Wort über eine Räumung Posens. Im Gegenteil, ausdrücklich wird verlangt, daß die deutschen Truppen im Osten bloß hinter die Linie vom 1. August 1914 zurückgezogen werden. Woher nehmen also die Polen das Recht zu ihren Eigenmächtigkeiten? Der Reichsleitung ist, wie wir erfahren, auch noch nichts bekannt davon, daß die Entente den Polen ohne Weiteres die Provinz Posen zuerkennen will.

Oder versuchen die Polen, gerade weil sie sich ihrer Sache durchaus nicht sicher sind, rasch ein fait accompli zu schaffen?

Die Demobilisierung der Westfront.

Durchfahrt von täglich 100 000 Mann über Frankfurt. — Befriedigende Verpflegung — Völlige Ruhe und Ordnung am Rheinübergang bei Mainz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Frankfurt, 18. November.

Die Demobilisierung der Westfront tritt hier von Tag zu Tag eindrucksvoller in die Erscheinung. Die Zahl der Militärzüge ist allein auf dem Hauptbahnhof durchschnittlich auf täglich 80 angeschwollen, deren jeder mit etwa 18 Wagen ungefähr 700 Mann befördert, so daß also den Hauptbahnhof täglich 50 000 bis 60 000 Mann passieren. Rechnet man dazu noch die über die Süd- und Ostbahnhöfe gehenden Transporte, so ergibt sich eine Ziffer von etwa 100 000 Mann, die sich allein über Frankfurt a. M. täglich landeswärts ergießen. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß die bis jetzt beförderten Truppen noch nicht den Kern der Feldarmee bilden, sondern aus dem Etappen- und Heimatgebiet stammen. Aber man erhält angesichts dieser Zahlen einen beruhigenden Eindruck von der Leistungsfähigkeit unserer Bahnen auch nach vier Kriegsjahren. Die Züge laufen durchaus fahrplanmäßig, und nach eingezogenen Erkundigungen sind bis jetzt nirgendwo ernsthafte Stockungen eingetreten. Berühmt wird mir die Selbstverleugnung und Opferwilligkeit, mit der das Bahn- und Zugpersonal wie bei der Mobilisierung, so auch jetzt bei der Demobilisierung seinen Dienst versieht.

Außer diesen, nur der Soldatenbeförderung dienenden Zügen laufen besondere „Räumungszüge", die das Material, hauptsächlich Waffen und Vorräte wegführen. Ueber Frankfurt kommen täglich ungefähr zwanzig derartige Züge. Ich sah deren viele auf der Strecke auf Mainz hochbeladen mit Artilleriematerial und Stückgütern. In Viehwagen, die das Begleitpersonal beherbergen, liegen auf Stroh zwischen den Mannschaften Offiziere, allen äußeren Glanzes bar, jetzt aber wirklich kameradschaftlich, nicht mehr „leutselig" mit den Soldaten verkehrend. Im ungedeckten Schutzwagen eines fahrenden Räumungszuges sah ich einen Offizier an der Bremse stehen.

Bei den ersten überstürzten Zurückkünften der Massen aus dem Etappengebiet haben sich leider zahlreiche tödliche Unglücksfälle ereignet. Viele der auf den Dächern lauernden Soldaten sind in Tunnels besonders auf der Strecke Lüttich—Aachen tot gequetscht worden. Andere, die eingeschlafen waren, fielen von den Dächern. Jetzt aber, wo sich der Bahnverkehr mit größter Ruhe und Ordnung vollzieht, sind die Unglücksfälle auf ein Mindestmaß gesunken.

Die Verpflegung der durchreisenden Truppen ist sowohl hier, wie an den großen Verkehrspunkten des Rheins befriedigend und auf Wochen hinaus gesichert. Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof werden täglich 10 000 Mahlzeiten verteilt. Auf Grund eigener Beobachtungen und der Aussagen zahlreich befragter Soldaten kann ausgesprochen werden, daß die den Soldaten jetzt gebotene Verpflegung weit besser ist als unter dem alten Regime. „Zum ersten Mal nach drei Jahren hab ich mal wieder ein fettiges Maul gehabt", sagte mir ein Soldat mit sattem Behagen. Die in geschlossenen Verbänden marschierenden Truppen verpflegen sich aus ihren Feldküchen. Unter den Soldaten herrscht allgemein die Ueberzeugung, daß die Revolution die Unehrlichkeiten und Unterschleife in der Verpflegung der Truppen, ein Hauptübel des gestürzten Regimes, beseitigt habe und daß die bereit gestellten Nahrungsmengen ungeschmälert an die breiten Massen der Soldaten gelangen. Das schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Truppen vorübergehend Mangel leiden und daß, wie stets in diesem Kriege, die vordersten Kampftruppen, die jetzt die letzten Rackeruten bilden, die größten Entbehrungen ertragen müssen. Jedenfalls wird die Befürchtung, daß ein Zusammenbruch der Truppenverpflegung die Krisis zu einer verhängnisvollen Katastrophe werden könnte, an den militärischen Stellen nicht gehegt. Von Disziplinlosigkeit schwerer Art oder gar Auflehnungserscheinungen ist jetzt, nachdem der Ueberschwang der ersten Revolution verrauscht ist, nirgends etwas zu bemerken. Ich war Zeuge des Truppenverkehrs an dem Rheinübergang bei Mainz. Er vollzog sich mit größter Ruhe und Ordnung. Der Führer eines Absperrungskommandos sagte mir daß das gefährliche Freischärlertum ganz aufgehört habe und sich während des ganzen Rückzuges kaum die Notwendigkeit zu einem Einschreiten ergebe. Nach allen den Soldatenräten von Frankfurt und Mainz zugegangenen Nachrichten hat die Oberste Heeresleitung die Frontiruppen in der Hand und verbürgt auf Grund der aus Einsicht hervorgegangenen Disziplin einen glatten Verlauf des Abtransportes.

Die Hauptbelastung werden freilich erst die nächsten Tage bringen. Auf Mainz sind drei Armeen im Anmarsch, die Ende dieser Woche erwartet werden. Die Stadt ist festlich beflaggt, und es herrscht in der Bevölkerung unverkennbar eine freudige Stimmung. Man jubelt den durchziehenden Truppen lebhaft zu. Ueber den Rhein ist eine Pontonbrücke gelegt, die nur den marschierenden Armeen dienen soll. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist eine Bürgerwehr in Stärke von über 1000 Mann gebildet worden. Bemerkenswert ist, daß diese Bürgerwehr zu einem großen Teil aus bereits entlassenen Militärpersonen besteht, die keinen ausreichenden Verdienst gefunden und sich dem Soldatenrat wieder zur Verfügung gestellt haben. Im allgemeinen erhält man den Eindruck, daß die zusammenhaltenden Kräfte in Heer und Volk stark genug sind, um uns die eigentliche militärische Demobilisierung gut überstehen zu lassen.

*

Haag, 19. November.

Holländisch Nieuwsbureau meldet: Am 18. November sind die französischen Truppen in Saarbrücken eingezogen.

Die provisorische Uebergabe der Marineeinheiten.

Berlin, 18. November. (W. T. B.)

Ueber die Durchführung der Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages für die Marine erhalten wir von zuständiger Stelle, daß der kleine Kreuzer „Königsberg" mit Admiral Meurer an Bord aus Rosyth nach Wilhelmshaven zurückgekehrt ist. Die erste U-Boot-Staffel, bestehend aus 20 U-Booten, ist am 18. November, 9 Uhr vormittags, im Geleit von zwei Begleitschiffen aus Helgoland ausgelaufen zum Treffpunkt mit englischen Seestreitkräften in der Nähe des Eingangs zum englischen Kanal. Von den zu internierenden Schiffen haben neun Linienschiffe, fünf Panzerkreuzer, sieben kleine Kreuzer und fünfzig Torpedoboote am 18. November auf Schillgrede sich gesammelt und werden voraussichtlich am 19. November mittags nach dem vereinbarten Rendezvous-Platz etwa 40 Seemeilen vor dem Eingang zum Firth of Forth auslaufen.

Das Linienschiff „König" und der kleine Kreuzer „Dresden", die infolge von Reparaturarbeiten noch nicht fahrbereit sind, werden nach Uebereinkunft mit dem englischen Flottenchef „Admiral Beatty" in etwa drei Wochen interniert werden.

Die zweite U-Boot-Staffel, bestehend aus 21 U-Booten, soll am 19. November aus Helgoland auslaufen.

Brand der Brüsseler Bahnhöfe.

Amsterdam, 19. November. (W. T. B.)

Aus Antwerpen wird dem „Telegraaf" gemeldet, daß es in der Stadt beim Abzuge der Deutschen zu großen Plünderungen durch die einheimische Bevölkerung kam. Nach einer anderen Meldung desselben Blattes stehen in Brüssel der Nordbahnhof und der Zuider-Scheerbeek Bahnhof infolge einer Munitionsexplosion in Brand.

*

Der Oberkommandierende unserer im **Kaukasus** stehenden Truppen hat telegraphisch mitgeteilt, daß im Kaukasus Ruhe und Ordnung herrschen und daß sich die Truppen wohl befinden.

Umsturz in der Ukraine.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

b. Stockholm, 18. November.

„Socialdemokraten" meldet aus Kiew: Die Stadt Kiew wurde von der ententefreundlichen Astrachaner Freiwilligenarmee eingenommen. Der ukrainische Nationalverband, der alle ukrainischen demokratischen, bürgerliche sowohl wie sozialistische, Vereine umfaßt und der zum Kongreß nach Kiew auf den 17. November einberufen war, ist nach Belaja Zerkog geflohen. Dort setzte er ein Direktorium ein, das als Volksregierung der Ukraine bezeichnet wird.

Cecil über Rußland und die Türkei.

Keine Rücksicht gegen die Bolschewiki. — Das armenische Problem.

(Telegramm.)

London, 18. November. (Reuter.)

In Beantwortung einer Anfrage Ponsonbys sagte Lord Robert Cecil im Unterhause, es sei ganz unmöglich, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, ob England eine militärische Aktion in Rußland unternehmen werde und welcher Art sie sein würde. Die Regierung habe gewiß keine Lust. England habe Ende des großen Krieges in militärische Operationen zu Rußland. Die sogenannte russische Regierung habe sich aber gegen England in einer Weise vergangen, die England jeden zivilisierten Regierungsgegenüber zum bewaffneten Eingreifen berechtigt haben würde. Rußland müsse in erster Linie die Interessen und Wünsche der Bevölkerung Rußlands in Betracht ziehen. Die Bolschewiki aber könnten keinen Anspruch auf irgendwelche Rücksicht von seiten der britischen Regierung erheben. Was bezüglich Armeniens sagte Cecil, er hoffe, daß die Mächte, die imstande sein würden, sofortige Hilfsmaßnahmen treffen zu lassen. Außerdem erwäge der Interalliierte Lebensmittelrat, wie man am besten für Lebensmittel sorgen könnte. Was die Forderung nach Vertreibung der türkischen Regierung aus Konstantinopel betreffe, müsse man bedenken daß Konstantinopel eine überwiegend türkische Stadt ist, auf jeden Fall werde dieser Punkt bei der Friedenskonferenz zur Sprache gelangen. Die Regierung stelle die Frage, wer künftig in Konstantinopel herrschen solle, ohne Vorurteil gegenüber. Es sei aber ganz sicher, daß man den Mächten, die in Konstantinopel vorherrschen, nicht gestatten könne, das Uebergewicht zu behalten. Es sei schwierig, die Grenzen des armenischen Staates zu ziehen, die britische Regierung würde enttäuscht sein, wenn irgendwelche Reste türkischer Herrschaft in Armenien übrig blieben. Das Ziel sei, in großen Zügen alle unterdrückten Völker, die Kurden und Kraber als auch die Juden, Griechen zu befreien, die Griechen hätten zweifellos Anspruch auf Schutz. Aber das griechische Problem sei schwierig, weil die griechische Bevölkerung über die ganze Türkei zerstreut sei. Die Absichten bezüglich aller dieser Völker seien selbst. Ihr Feind sei die türkische Regierung gewesen, die Politik stets gewesen sei, Unruhen hervorzurufen und Massaker zu veranstalten. Es seien bereits Anzeichen dafür vorhanden, daß Kurden und Armenier freundschaftlich zusammen leben würden, sobald der türkische Einfluß beseitigt sei. Selbst jetzt hätten die Türken noch nichts gelernt und hofften, ihre Politik des Beschiebens und er Aufhetzung der einen europäischen Nation gegen die andere fortsetzen zu können. Aber diese Zeiten seien vorüber und die Türken könnten nur dann auf Milde und Rücksicht hoffen, wenn sie sich beeilten, unverzüglich die Waffenstillstandsbedingungen und die anderen Bedingungen, die die Gerechtigkeit den Eroberer ihnen sicher aufzwingen werde, auszuführen.

Furchtbare Pogromstimmung in Polen.

Ein Jude in Warschau und sechs Juden in Siedlce getötet.

Dem Jüdischen Pressebureau in Stockholm wird aus zuverlässiger Berliner Quelle telegraphiert: In ganz Polen herrscht eine furchtbare Pogromstimmung. In Warschau schießen polnischen Legionäre, die es übernommen haben, die Ordnung aufrechtzuerhalten, wahllos auf jüdische Passanten. In Warschau wurde ein Jude und in Siedlce sechs Juden von den Polen getötet. An den judenfeindlichen Exzessen beteiligt sich nicht der Mob, sondern auch Studenten und gebildete Kreise.

Versammlung der Berliner Soldatenräte.

Morgen mittag 12 Uhr findet in Haberlands Festsälen in der Neuen Friedrichstraße eine Versammlung sämtlicher Soldatenräte im Bereich des Generalkommandos des Gardekorps statt. Es werden allgemeine Fragen von öffentlichem Interesse behandelt.

Selma Lagerlöf.

Zum 20. November, dem 60. Geburtstag der Dichterin.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Carl David Marcus (Schweden).

Die Dichterin der Güte und des Herzens. Unbeirrt von allen Modeströmungen ist sie unentwegt ihrem Genius gefolgt und weilt heute unter uns, als ein Klassiker der skandinavischen und der deutschen Dichtung. Denn außer in Skandinavien ist sie nirgends so geliebt und gewürdigt worden wie in Deutschland. Ihr Ruhm ward nie umstritten wie der Strindbergs und Ibsens, sie erwarb sich ihre Stellung sofort nur mittels ihrer Kunst, die niemals durch theoretische Gedankenarbeit zerspliittert wird, sondern stets gestaltet. In einer Zeitepoche der radikalsten sozialen und geistigen Umwälzung ist Selma Lagerlöf die Dichterin der Harmonie der Seele, der Schlichtheit des Herzens und als solche die größte der Gegenwart. Innerlich nicht unberührt von der Entwicklung der europäischen Menschheit, löste sich bei ihr jeder Kampf in ein Gefühl auf, das zum Symbol wurde. Sie sitzt am Ufer des Meeres und lauscht dem Rauschen der Wellen, den Liedern der Liebe und den Strophen des Hasses; aber die wogende Musik strömt und strömt durch ihr Herz wie eine einzige Welle und sinkt auf uns herab wie ein einziger, langsam verhallender Glockenklang des Weltalls. Sie ist Sängerin und Seherin in einer Person, ein weiblicher Homerus der Neuzeit, sie schöpft aus dem Bronnen der Volksphantasie, der Sagen und Legenden aus fernen und nahen Zeiten.

Weit von der Großstadt und ihrem zersplitternden Einfluß wuchs sie in einer der schönsten Gegenden Europas auf, in der Provinz Värmland, wo die Flüsse lustiger als irgendwo anders rauschen und die blauen Waldeshöhen ein urwüchsiges, sangesfrohes Geschlecht großziehen. Ueberall trat dem Kinde die Sage entgegen, im Heime am abendlichen Herd, auf heimlichen Waldesstiegen und im Singen der Seen und Flüsse. Als sie schließlich ihrer Bildung halber die Großstadt aufsuchen mußte, zog sie sich bald genug wieder aufs Land zurück, da ihr ganzes Wesen sich instinktiv sträubte, mit Dingen in Berührung zu kommen, die sie von dem ihr vorgezeichneten Wege vielleicht ablenken konnten. So ward sie zum Dichter ihrer Heimat in „Gösta Berling", diesem strahlenden Jugendwerk, das ihre unsterblichste Schöpfung in der Weltliteratur bleiben wird. Gösta Berling ist nicht nur ein vereinzelter Typ, nicht nur der tollkühne Führer der mehr oder weniger verkommenen Schar der Kavaliere, er ist ein schwedischer Volkstyp grandiosen Stils und also eine rein germanische Gestalt. Er ist ein Phantasiemensch von Gottesgnaden, von jung und alt geliebt, der aber nichts Rechtes mit seinem Leben anzufangen weiß und sich deshalb in tausend Abenteuern herausficht. Als er dann schließlich vor seinem Untergange steht, wird er gewaltsam in die Höhe gerissen, und zwar von einer Frau, von seiner eigenen Gattin, die ihm vorwirft, er dürfe nicht nur Held, sondern müsse auch Arbeiter sein und den Weg der Buße gehen. Von dem buntschillernden Leben des schwedischen Herrenhofes wendet die Dichterin sich in ihrem zweiten Hauptwerk — „Jerusalem" — dem Bauernhof zu, und schreibt das Epos des schwedischen Bauern, schildert seinen Kampf um die Scholle und die Sehnsucht, von der Erde losgelöst zu werden, um in fernen Ländern eine Kolonie der religiösen Phantasie zu gründen. Und doch sehen diese Bauern zuletzt ein, daß ihr Königreich, ebenso wie das Gösta Berlings, in der Heimat und in der stillen Arbeit zu finden ist. Allmählich erweitert sich der Horizont Selma Lagerlöfs. Sie erzählt uns von den religiösen und sozialen Bestrebungen des italienischen Volkes, sie gestaltet fromme Legenden, die in ihrer Grazie, Schlichtheit und Reinheit an Gottfried Keller erinnern, sie gestaltet in „Der Fuhrmann des Todes" den Kampf eines Trinkers, der im letzten Augenblick den Weg zu Gott findet.

Denn so klingt das Leitmotiv dieser germanischen Dichterin: der Mensch ist von Natur aus gut, aber dies genügt nicht, er muß auch gut werden und bleiben. Alle müssen wir uns durch das Schwerste hindurchringen, gegen andere und uns selbst ankämpfen und wenn wir nur von dem heiligen Wollen beseelt sind, wird uns Gott im entscheidenden Augenblick beistehen. Gott ist Vorsehung, ist schöpferische, waltende Kraft und Gestalt. Es ist ein großer Irrtum von uns, zu wähnen, daß er nicht mehr Wunder tut — er ist überall weil er in uns allen ist, er ist der blonde Engel in unserer kämpfenden Seele, und die summende Arbeitsbiene in der von Sonnenglut zitternden Atmosphäre. Höret nur auf ihn, wenn er sich euch nähert, setzet ihn nur, wie er an uns vorbeigleitet, gütig, weise, erhoben, in der Gestalt einer Frau, die wir höher als alle anderen Geschöpfe lieben, in den großen Augen eines Kindes, das uns eine Blume reicht, in dem Sturm der Winternacht, der über unsere Hütte hinwegdonnert. Alle, alle müssen wir einmal den schweren Weg der Buße wandern, alle sind wir Wandersmänner Gottes auf Erden, und einmal, einmal öffnet sich der Himmel über unsere Häupter und wir blicken zu den Geistlichen der Seligen hinauf.

Demut und Andacht dem Leben gegenüber predigt uns diese Frau, nicht nur ein großer Künstler, sondern ebenso sehr ein großer Erzieher der Menschheit zur Güte, zur Keuschheit, zur Kraft; diese Frau, deren schönste Gabe an die leidenden Menschen ihre ewige Mütterlichkeit ist.

Karl Pauli, der lange Jahre hindurch dem Residenztheater angehörte und neben seinem schauspielerischen Beruf mit Erfolg als humoristischer Schriftsteller wirkte, ist am Sonntag, 62 Jahre alt, nach langem, schwerem Leiden gestorben. Er war ein vortrefflicher Mensch, der sich durch seinen Humor und seine Bescheidenheit der größten Beliebtheit unter seinen Kollegen erfreute.

XX Der Bühnenstreit. Zu den Zwiespältigkeiten zwischen den Berliner Direktoren und den Darstellern werden wir auf einen Punkt aufmerksam gemacht, der auch uns noch der Klärung dürftig zu sein scheint. Die Direktoren haben sich bereit gezeigt, Kriegsgagen nachträglich wieder auf die Höhe der Friedensgagen zu bringen, und dieses Entgegenkommen wäre an sich zu begrüßen, wenn die vorgeschlagene Form der Nachzahlung nicht Beteiligten Anlaß gäbe. Diese Zahlung soll in der Weise erfolgen, daß vom Januar 1919 ab am letzten eines jeden Spielmonats der Betrag von fünftausend Mark von den größeren Bühnen bis zu zweitausend Mark von den kleineren gezahlt wird. Es ist sich aus dieser knappen Bemessung der am Ende jedes Monats zurückzuzahlenden Summe die Tatsache, daß sich die Rückgabe der den Schauspielern auszuzahlenden Gesamtsumme auf Jahre hinaus erstrecken würde. Um ein Beispiel zu erwähnen, würden die Darsteller einer hiesigen Bühne vier Jahre warten müssen, bis die Gagen bei Kriegsbeginn entzogene Friedensgage wiederum in den Stand zurückversetzt wäre. Dabei würden die minder gut bezahlten Darsteller etwas besser abschneiden, da ihre Forderungen zuerst befriedigt werden sollen, die höheren Gagen aber würden sich noch länger gedulden müssen. Dieser Vorschlag der Direktoren wird in den Kreisen der Schauspieler als unsozial empfunden. Er enthält zudem noch eine Klausel, die ungewöhnlich eine besondere Härte darstellt. Die Verpflichtung zur Zahlung soll nämlich vollkommen erlöschen, falls ein Direktor seine Direktion endgültig niederlegt! Wem also ein Bühnenleiter sich ins Privatleben zurückzieht, oder auch — dieser Fall ist nicht besonders vorgesehen — mit Tode abgeht, so würden die noch nicht befriedigten Schauspieler überhaupt nichts erhalten.

Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Ausgleich vermieden werden muß, glauben aber, daß die Direktoren in diesem Punkt ein Einsehen haben und die berechtigten Forderungen der Schauspieler baldigst aus ihren gewiß nicht unbeträchtlichen Rücklagen befriedigen sollten.

Deutsches Opernhaus und Bühnengenossenschaft. Berichtigung mehrfacher ungenauer Mitteilungen über die Stellungnahme des Deutschen Opernhauses und des Schiller Theaters zu den Forderungen der Bühnengenossenschaft bitten wir um Veröffentlichung folgender Erklärung: „Wir haben an Gegenvorschlägen der Berliner Theaterleiter mitgewirkt und sie gebilligt. Die Zustimmung für unsere Betriebe mußten wir in ihrer Verfassung entsprechend unseren Aufsichtsräten vorbehalten. Im übrigens schon vor der jetzigen Bewegung in der Lage waren, Wesentliche der Angebote der Bühnenleiter freihändig zu gewähren. Diese Sonderstellung unserer Betriebe ist von dem Präsidium der Bühnengenossenschaft auch als berechtigt anerkannt worden. Generaldirektor Hartmann. Max Pategg."

Die Vorbereitung der „Vergesellschaftung".

Die sozialistische Regierung ist, wie die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, schreibt, entschlossen, die Sozialisierung wichtiger Produktionszweige, in denen die Vorbedingungen für die Vergesellschaftung gegeben sind, sofort in Angriff zu nehmen. Es wird unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen berufen werden, die unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Reichsämter die nötigen Maßnahmen beraten und zur Durchführung vorschlagen wird.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Säkularisierung der Klöster.

Die Trennung von Kirche und Staat gedenkt die jetzige Leitung des Kultusministeriums (Adolf Hoffmann und Haenisch) baldigst durchzuführen. Wie die „Germania" zuverlässig hört, beabsichtigt das Ministerium, vom 1. April 1919 ab die Zahlung der Kultusgelder einzustellen, was natürlich zur Folge haben würde, daß die Geistlichkeit, soweit sie in staatlichen Gebäuden wohnt, auch diese verlassen müßte. Im preußischen Kultusministerium wird ferner der Gedanke erwogen, das Besitztum der Klöster zu säkularisieren.

Es war zu erwarten, daß diese Maßnahmen der neuen Regierung den heftigsten Widerspruch des Zentrums hervorrufen mußten. Zu den Plänen der Regierung schreibt die „Kölnische Volkszeitung": „Eine solche Maßnahme wäre ein großer Schlag gegenüber den Gefühlen der Katholiken und Protestanten. Wir vermögen nicht zu erkennen, daß die gegenwärtigen Zeitläufte, in denen es doch vor allem darauf ankommt, die Ordnung im Reiche und die Ernährung der Volksmassen sicher zu stellen, geeignet sind für derartige Operationen. Wir glauben, im ganzen Land wird sich neben maßloser Verblüffung stärkster Widerspruch regen."

Die preußischen Gemeindevertretungen.

Ein neues Gemeindewahlrecht.

Die preußische Regierung hat eine Verfügung erlassen, wonach diejenigen Gemeindevertreter, deren Mandate abgelaufen sind, vorläufig weiter amtieren. Eine Aenderung des Wahlgesetzes für die Gemeindevertretungen ist in Vorbereitung; nach seinem Inkrafttreten werden wahrscheinlich allgemeine Gemeinwahlen stattfinden.

Die völkerrechtliche Bedeutung der Besetzung Elsaß-Lothringens.

Straßburg, 19. November. (T. U.)

Dem Straßburger Soldatenrat ist folgendes Telegramm der Berliner Reichsleitung zugegangen: Die Besetzung Elsaß-Lothringens durch den Verband präjudiziert nicht die Lösung der elsaß-lothringischen Frage noch den völkerrechtlichen Grundsätzen und der Selbstbestimmung der Völker. Ebert. Haase.

Bildung eines Hauptausschusses der Marine.

„Anordnungen für die Gesamtheit der Marine."

(Telegramm.)

Wilhelmshaven, 19. November. (T. U.)

In einer gemeinsamen Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte der Marine ist heute folgender Beschluß gefaßt worden: Von dem obersten Soldatenrat der Marine der Ostsee- und Nordseestation und auf der Niederelbe wird der Hauptausschuß der Marine gebildet, der zu militärischen Anordnungen für die Gesamtheit der Marine berechtigt ist und seinen Sitz in Wilhelmshaven hat. Er besteht aus zwei Vertretern des obersten Soldatenrates der Ostsee-, zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates der Nordseestationen und einem Vertreter des obersten Marinerates der Niederelbe.

In den Bezirken der genannten Räte sind Abordnungen zu bilden, und zwar von 24 Vertretern der Nordseestation, 20 Vertretern der Ostseestation und 5 Vertretern der Niederelbe. Zu ihnen treten vier Vertreter von Berlin.

Die Wahlen zu diesen Abordnungen erfolgen auf demokratischer Grundlage. Die Abordnung tritt in Berlin zusammen, kontrolliert das Reichsmarineamt und den Admiralstab und wählt dort aus ihrer Mitte 5 Kameraden als den Zentralrat der Marine. Diese fünf müssen geschulte Sozialisten aus der Zeit vor dem Kriege sein. Alle Anordnungen des Reichsmarineamts und Admiralstabes sind außer vom Unterstaatssekretär von einem Mitgliede des Reichszentralrats zu untergezeichnen. Alle Abordnungen bilden den 5ser Ausschuß, der täglich die festgesetzten allgemeinen Anordnungen dem Zentralrat vorlegt und der sie an die obersten Soldaten- und Marineräte weitergibt.

Die Neuwahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat.

Verständigung zwischen den Verbänden.

Aus Gewerkvereinskreisen wird der „Liberalen Korrespondenz" geschrieben: „Eine grundsätzliche Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sichert den wirtschaftlichen Frieden für die Zukunft. Die Vereinbarung, die seitens der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine deren Verbandsvorsitzender Gustav Hartmann unterschrieben hat, bildet die Brücke zur Uebergangswirtschaft. Jeder der angeführten zwölf Punkte hat früher erbitterte Kämpfe hervorgerufen, und Milliarden deutsches Nationalvermögen verschlungen. Heute fragt man sich: Konnte dieser wirtschaftliche Frieden nicht früher kommen? Warum mußte er erst durch die Revolution erzwungen werden? Inzwischen hat der Arbeiter- und Soldatenrat die bestehenden Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Großkommissionen mit den Neuwahlen beauftragt. Auf Grund der Arbeitsgemeinschaft ist auch hier eine Verständigung erzielt. Seitens des Gewerkvereins (Hirsch-Duncker) und des Metallarbeiterverbandes sollen die Wahlen auf Grund einer gemeinsamen Liste erfolgen. Durch die gemeinsame Arbeit dieser beiden Organisationen wird ein besseres Verhältnis unter den Arbeitern herbeigeführt und eine gegenseitige Bekämpfung der Arbeiter vermieden."

Unstimmigkeiten in der sächsischen Sozialdemokratie.

„Sofortige Durchführung des Sozialismus notwendig."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

s. Leipzig, 19. November.

Der große Arbeiter- und Soldatenrat in Leipzig hielt eine Tagung ab, auf der er die Berichte der zur Regierungsbildung nach Dresden entsandten Vertreter entgegennahm. Lipinski, der Vorsitzende der neuen sächsischen Regierung, schilderte dann nach dem vom Arbeiter- und Soldatenrat ausgegebenen amtlichen Bericht die Verhandlungen mit den Rechtssozialisten. Er stellte zunächst fest, daß die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Dresden und Chemnitz einstimmig das in der Presse veröffentlichte Programm gebilligt und einstimmig die Veröffentlichung beschlossen hatten. Der Dresdener Arbeiter- und Soldatenrat jedoch, der aus etwa zwanzig Gewerkschaftsbeamten und noch anderen, in abhängiger Stellung befindlichen Personen bestehe, habe dann die Veröffentlichung nicht gutheißen wollen; er habe zwar zugegeben, daß prinzipiell an diesem Programm nichts auszusetzen sei, da es dem Programm der sozialdemokratischen Partei entspreche, aber er habe Furcht gehabt, das Bürgertum vor den Kopf zu stoßen. Der Chemnitzer Arbeiter- und Soldatenrat habe jedoch diese Proklamation einstimmig gebilligt. Dann sei die Regierungsbildung erfolgt, wobei die Leipziger Beauftragten von dem Standpunkt ausgegangen seien, die nicht auszuschließen, die auf der Grundlage der Erklärung ständen. Er beschuldigte dann die „Dresdener Volkszeitung" und die „Chemnitzer Volksstimme" des Verrates an der Arbeiterschaft und schilderte die Situation in der Regierung. Zum Schluß erklärte er, daß die Leipziger Beauftragten an dem sozialistischen Ziele festhalten, und daß sie bei jedem Versuch, das Ziel zu verwässern, an die Arbeitermassen appellieren würden, um den Sieg des Sozialismus zu erringen. Lipinski erklärte sodann, daß sowohl der Chemnitzer als auch der Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat die Proklamation einstimmig gebilligt haben, daß die Chemnitzer Arbeiter und Soldaten einig über die Notwendigkeit der sofortigen Durchführung des Sozialismus, daß also zwei Drittel des sächsischen Volkes zu der grundsätzlichen sozialistischen Politik stehen. Der große Rat beschloß im Anschluß daran, ebenfalls einstimmig, Protest einzulegen gegen die Absicht, das Vorgesetztenverhältnis der Offiziere wiederherzustellen und den Soldaterräten nur eine beratende Stimme zu lassen.

Ein Manifest der Kommunisten.

„Eine neue Revolution notwendig."

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 19. November.

Die internationalen Kommunisten sind aus dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresdens nach scharfen Zusammenstößen mit den Sozialisten beider Richtungen ausgetreten und haben alle ihre Aemter niedergelegt. Sie erklären in einem Manifest, die Revolution entfalte sich täglich mehr als ein großangelegtes und von den bürgerlichen Regierungen gewolltes und vorbereitetes Täuschungsmanöver zu dem Zweck, die kapitalistische Gesellschaft vor dem drohenden Untergang zu retten. Die Sozialisten beider Richtungen beteiligten sich daran und versuchten, den Kommunismus zu ersticken, der die einzige wirkliche Gefahr für den Kapitalismus sei. Die Kommunisten wollen nunmehr die revolutionäre Bewegung weiterführen, steigern und vollenden, mit anderen Worten, sie wollen eine neue Revolution herbeiführen.

Beschlüsse der sächsischen „Unabhängigen".

Die Konstituante „gegenwärtig nicht spruchreif".

Dresden, 19. November. (T. U.)

Gestern tagte im Ständehaus zu Dresden eine Konferenz der Parteivertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie Sachsens. Sie nahm zunächst Stellung zur allgemeinen politischen Lage, wobei die Frage der Konstituante und der Einberufung der Internationale von den Vertretern eingehend besprochen wurde. Beschlossen wurde:

1. Vom Parteivorstand die sofortige Einberufung eines Parteitages zu beantragen um ihm die Auffassung der sächsischen Vertreter mitzuteilen, daß sie die Frage der Einberufung einer Konstituante gegenwärtig nicht für spruchreif halten.
2. daß sie Schritte des Parteivorstandes zur Einberufung der Internationale für unverzüglich notwendig halten.
3. daß die Agitation für die Unabhängige Sozialdemokratie mit allen Kräften geführt werden muß.

Die Berliner Universität zur neuen Lage.

„Nichts ist verloren, wenn der Geist uns bleibt."

Gestern waren die Professoren und Dozenten der Berliner Universität in der alten Aula versammelt, um zu der neuen Lage Stellung zu nehmen. Der Rektor, Professor Seeberg, schlug eine Entschließung vor, die als gemeinsame Erklärung der Hochschule und der Akademien aussprechen sollte, daß man sich auf den Boden des Neuen stellen wolle, die die Notwendigkeit der Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung betont und die Entsendung von Vertretern der Geistesarbeiter in den Arbeiter- und Soldatenrat verlangt, eine Forderung, die dann fallen gelassen wurde. Annahme fand eine von Professor Troeltsch vorgeschlagene Entschließung mit 175 gegen 135 Stimmen. Die Stilisierung wurde einer Kommission übergeben, der unter anderen Troeltsch, Meinicke und auf allgemeinen Wunsch der Versammlung Harnack außer dem Rektor angehören. Troeltsch fand allgemeinen Beifall, als er vorschlug, die Universität solle nicht erst eine Fühlungnahme mit den anderen Körperschaften abwarten, und es aussprach: „Nichts ist verloren, wenn der Geist uns bleibt".

In der Diskussion sprach sich Professor Ballot für eine Heranziehung der Universität für die Aufgaben der Uebergangswirtschaft aus und erklärte, wir wären nie besiegt worden, wenn man die Wissenschaft in richtiger Weise herangezogen hätte. Verlesen wurde ein Brief des einst von der Universität relegierten Privatdozenten Dr. Leo Arons, der vor der materialistischen Aufklärerei als Ersatz für den ja nun sehr bedrohten Religionsunterricht der Schule warnt und den Unterricht vom Geist Kants und Fichtes durchtränkt sehen möchte. Endlich sprach Professor Sachau den Wunsch aus, man möchte für alle Pläne auch die Universität Wien miteinbeziehen.

Die deutschen Verluste im Weltkrieg.

Ueber anderthalb Millionen Tote.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten" die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau angeben. Deutschland hat 1 580 000 Tote zu beklagen. Als vermißt werden 260 000 Mann gemeldet, wovon aber ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet worden ist.

Die liberalen Parteien in Sachsen.

Bemühungen um Zusammenschluß.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Dresden**, 19. November.

Der nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen erklärt einen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien für notwendig und bittet seine Freunde im Lande, sich von anderen neuen Parteibildungen, die diese Entwickelung nur stören könnten, fern zu halten. Ferner erläßt der geschäftsführende Ausschuß des nationalliberalen Landesvereins einen Aufruf, worin er sich bereit erklärt, an der Schaffung einer freien deutschen demokratischen Republik mitzuarbeiten. Er fordert die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung. Bis zu ihrem Zusammentritt verlangt er für alle Volksschichten Beteiligung an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Er betont, daß er keine Revolution wolle, wohl aber gleichberechtigte Mitarbeit an dem neuen Werk. Er fordert freien Spielraum für das staatliche Streben nach wirtschaftlichem und geistigem Aufstieg, Schutz des Privateigentums, des städtischen und landwirtschaftlichen Grundbesitzes, des freien Handels und der freien gewerblichen Produktion, sowie den Schutz der wirtschaftlich Schwachen. Er wendet sich mit aller Schärfe gegen die Diktatur eines Teiles einer Volksklasse.

Weitgehende Amnestie in Weimar.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

⊙ **Weimar**, 19. November.

Die provisorische Regierung von Sachsen-Weimar erläßt eine Amnestie für Vergehen bis zu zwei Jahren Gefängnis oder 5000 Mark Geldstrafe.

✕ **Meiningen**, 19. November.

Das Meininger Ministerium verfügte einen weitgehenden Straferlaß, ausgenommen sollen davon nur Lebensmittel- und sonstiger erheblicher Kriegswucher sein.

□ **München**, 19. November.

Eine Amnestie in Form von Niederschlagung der Strafverfahren und Straferlasse wird in der nächsten Zeit für Bayern ergehen. Justizminister Timm hat die Justizbehörden ersucht, bei der Einleitung und Durchführung von Strafverfahren und Vollstreckung schon hierauf Rücksicht zu nehmen.

---

a. l. Im Palasttheater am Zoo wurde „Der zerbrochene Krug" von Heinrich v. Kleist, der bisher nur als Nachmittagsvorstellung gegeben wurde, in den Abendspielplan aufgenommen. Jacob Tiedtke spielt den Dorfrichter Adam. Er faßt ihn spitzwegisch, in behäbig-romantischer Schrullenhaftigkeit als eine Verkörperung von derb epikuräischer Verschlampftheit und gemütvoller Schurkerei. Seine sprudelnde, polternde und wiederum in Hilfe suchende Verzweiflung sich lösende Angst vor dem Gerichtsrat hat von vornherein etwas herzlich Versöhnendes, so daß am Ende das Mitleid mit dem schuldigen Richter seine Entlarvung warm und gütlich abstimmt. Neben Jacob Tiedtke stand Georg Johns Schreiber etwas farblos und erzwungen da. Hans Junkermann als Gerichtsrat war von guter Haltung und Gebärde. Als Eve ist Dora Schlatter, als Marthe Rull Lotte Stein und als Ruprecht Willi Kaiser zu nennen. — Sehr hübsche Tänze nach Bach Kieselhausen, Georges Blanvalet und der talentierten Gertrud Gründig schlossen den Abend ab. Besonders zeigte Lucy Kieselhausen in ihrem pantomimischen Solotanz „Die Silhouette" wiederum die anmutvolle Grazie ihres schwebend leichten Schrittes und ihrer tänzerisch beredten Geste. Lebhafter Beifall zeigte, daß sich ihre Kunst, auch in der nicht gerade geschmackvollen Zusammenstellung mit Kleistens Meisterlustspiel, Geltung und freudige Anerkennung zu erzwingen vermag.

Die Max-Slevogt-Ausstellung, die die Freie Sezession und Paul Cassirer zum fünfzigsten Geburtstag des Künstlers veranstalten, wird am 22. November eröffnet. Die Ausstellung enthält über 200 Gemälde, außerdem Zeichnungen und Aquarelle und damit Beispiele aus der ganzen Schaffenszeit des Künstlers von den ersten Anfängen bis zu den letzten Arbeiten.

Errichtung einer Hochschule in Salzburg. Der Magistrat der Landeshauptstadt Salzburg hat an die Landesversammlung eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie wird auch im deutschen Hochschulleben einen Umsturz mit sich bringen. Die deutsche Universität in Czernowitz wird jedenfalls aufgehoben werden. Dem Vernehmen nach soll bereits am 3. November die Brünner deutsche Technik von den Tschechen übernommen worden sein und dafür eine tschechische Universität errichtet werden. Die deutsche Universität und die deutsche Technik in Prag dürften aller Voraussicht nach ebenfalls heimatlos werden. Es handelt sich demnach um die Auflösung bzw. Verlegung von zwei deutschen Universitäten und zwei deutschen technischen Hochschulen in Prag und Brünn, bzw. Czernowitz. Der Augenblick erscheint daher günstig, daß Salzburg nunmehr endlich seine Hochschule erhält.

Wissenschaftliche Nachrichten. Bis zur Wiederherstellung der ordentlichen Professur für öffentliches Recht an der Universität Leipzig ist dem außerordentlichen Professor Dr. Erwin Jacobi daselbst deren einstweilige Vertretung im vollen Umfange des Lehrauftrags übertragen worden.

Die deutschen Verluste im Weltkrieg.

Ueber anderthalb Millionen Tote.

Auf Grund zuverlässiger Unterlagen können die „Politisch-parlamentarischen Nachrichten" die Verluste Deutschlands bis zum 31. Oktober 1918 genau angeben. Deutschland hat 1 580 000 Tote zu beklagen. Als vermißt werden 260 000 Mann gemeldet, wovon aber ebenfalls ein großer Teil nicht mehr unter den Lebenden weilen wird. Die Zahl der in Feindeshand befindlichen deutschen Gefangenen beträgt 490 000. Verwundet wurden 4 Millionen Soldaten, wobei aber eine wiederholte Zählung in den Fällen vorgekommen ist, wo ein Soldat mehrmals verwundet worden ist.

Die liberalen Parteien in Sachsen.

Bemühungen um Zusammenschluß.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

∞ **Dresden**, 19. November.

Der nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen erklärt einen Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien für notwendig und bittet seine Freunde im Lande, sich von anderen neuen Parteibildungen, die diese Entwickelung nur stören könnten, fern zu halten. Ferner erläßt der geschäftsführende Ausschuß des nationalliberalen Landesvereins einen Aufruf, worin er sich bereit erklärt, an der Schaffung einer freien deutschen demokratischen Republik mitzuarbeiten. Er fordert die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung. Bis zu ihrem Zusammentritt verlangt er für alle Volksschichten Beteiligung an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten. Er betont, daß er keine Revolution wolle, wohl aber gleichberechtigte Mitarbeit an dem neuen Werk. Er fordert freien Spielraum für das staatliche Streben nach wirtschaftlichem und geistigem Aufstieg, Schutz des Privateigentums, des städtischen und landwirtschaftlichen Grundbesitzes, des freien Handels und der freien gewerblichen Produktion, sowie den Schutz der wirtschaftlich Schwachen. Er wendet sich mit aller Schärfe gegen die Diktatur eines Teiles einer Volksklasse.

Weitgehende Amnestie in Weimar.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

⊙ **Weimar**, 19. November.

Die provisorische Regierung von Sachsen-Weimar erläßt eine Amnestie für Vergehen bis zu zwei Jahren Gefängnis oder 5000 Mark Geldstrafe.

✕ **Meiningen**, 19. November.

Das Meininger Ministerium verfügte einen weitgehenden Straferlaß, ausgenommen sollen davon nur Lebensmittel- und sonstiger erheblicher Kriegswucher sein.

□ **München**, 19. November.

Eine Amnestie in Form von Niederschlagung der Strafverfahren und Straferlasse wird in der nächsten Zeit für Bayern ergehen. Justizminister Timm hat die Justizbehörden ersucht, bei der Einleitung und Durchführung von Strafverfahren und Vollstreckung schon hierauf Rücksicht zu nehmen.

---

* **Frauen! Lernt wählen!** Das ist das Thema einer Versammlung der Groß-Berliner Ortsgruppen für Frauenstimmrecht am Dienstag, 26. November 1918, abends 8 Uhr, im großen Saal des Rheingold, Potsdamer Straße und Bellevuestraße. Ansprachen werden halten: Pfarrer Rithack-Stahn, Frau Adele Schreiber-Krieger.

* Zur Gründung eines „Bundes deutscher Strafverteidiger" findet am Mittwoch, 20. November, vormittags 11 Uhr, im Ausstellungshaus Berlin, Schöneberger Ufer 40, eine Versammlung statt. Zweck des Bundes ist die freiheitliche Ausgestaltung des gesamten Strafrechts, der Strafrechtspflege und des Strafvollzuges durch Einwirkung auf Gesetzgebung und Rechtsprechung im Sinne der neuen von sozialer Menschlichkeit erfüllten Zeit.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

In der gestrigen Vormittagsziehung fielen:

2 Gewinne zu 50 000 Mark auf Nr. 191 562.
2 Gewinne zu 20 000 Mark auf Nr. 190 178.
2 Gewinne zu 10 000 Mark auf Nr. 104 694.
6 Gewinne zu 5000 Mark auf Nr. 121 615 129 284 140 182.
66 Gewinne zu 3000 Mark auf Nr. 2775 7140 14 927 18 554 28 688
36 139 53 211 63 683 65 995 68 413 79 562 80 681 84 043 84 356 86 038
86 194 98 507 99 392 102 791 104 491 111 806 117 698 129 067 134 473
138 657 144 819 147 222 154 315 161 677 203 625 207 129 220 584 222 854.
142 Gewinne zu 1000 Mark auf Nr. 2684 9652 12 453 13 109 20 712
21 695 22 916 23 654 27 737 28 660 28 706 28 926 31 608 32 954 38 968
40 221 41 944 45 029 46 860 47 403 49 280 57 176 58 140 59 687 65 876
69 681 69 822 74 459 76 934 78 608 78 977 84 241 85 166 88 631 90 204
91 319 102 749 107 236 111 654 119 409 124 424 132 239 134 169 135 423
136 745 139 459 139 982 142 839 145 747 151 368 153 552 153 927 157 954
159 649 161 210 162 391 162 840 165 556 168 199 173 510 188 655 190 458
191 864 196 186 196 621 198 477 198 513 212 010 216 114 231 398 233 882.

Der Heimtransport der Truppen

aus dem Westen durch Berlin hat heute etwas nachgelassen. Nach wie vor kamen vollbesetzte Züge an, die ohne jede Störung und ohne Aufenthalt durch Berlin weitergeleitet wurden. Die Verpflegung hat sehr gut funktioniert, den Küchen des Roten Kreuzes und der Bahnhöfe wurden reichliche Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Von morgen ab werden größere Transporte erwartet. Es sind sogar alle Vorkehrungen getroffen worden, um den Verkehr ungestört aufrecht erhalten zu können. Anfangs dieser Woche war es verschiedentlich notwendig, den Bahnhof zeitweise abzusperren, da der Durchgangsverkehr vom Potsdamer und Anhalter Verkehr nach Bahnhof Friedrichstraße einen allzu großen Umfang annahm. Die Eisenbahndirektion hat angeordnet, daß nunmehr die aus dem Westen kommenden Züge nicht mehr an den Bahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz halten, sondern von Charlottenburg direkt nach dem Schlesischen Bahnhof durchgeführt werden. Hier erfolgt die Verteilung der Truppen in die Züge, die nach den entsprechenden Garnisonen gehen.

Von militärischer Seite wird angeregt, die Truppen, die vielleicht nicht so schnell weitergeleitet werden können, vorläufig in den in der Umgegend Berlins gelegenen Truppenlagern unterzubringen. So könnten die Züge nach Döberitz geleitet werden, dessen umfangreiches, zurzeit leerstehendes Baracklager durchaus geeignet zur Aufnahme größerer Truppenmengen ist. Küchen sind genügend vorhanden, so daß auch, was die Verpflegung betrifft, keine Schwierigkeiten bestehen. Auch das ehemalige Engländerlager Ruhleben dürfte für denselben Zweck dienstbar gemacht werden.

Es geht uns folgender amtlicher Erlaß zu:

Der stellvertretende Militärinspekteur der freiwilligen Krankenpflege setzt seine Tätigkeit weiter fort. Alle seine Anordnungen für seinen Dienstbereich erfolgen im Auftrage des Kriegsministeriums. Die von ihm in seinem Auftrage ausgestellten Ausweise sind wie bisher von allen Behörden anzuerkennen. Das rote Kreuz auf weißem Grunde ist als internationales Abzeichen des Genfer Abkommens weiter zu tragen.

Der Kriegsminister Schesch. — Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium Göhre.

Die Post in den besetzten deutschen Gebieten. Der Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr wird in den deutschen Gebieten, die vom Feinde besetzt werden, in vollem Umfang aufrechterhalten. Nach den Waffenstillstandsbedingungen gilt dies während der ganzen Zeit der Besetzung für das besetzte linksrheinische Gebiet, die rechtsrheinischen Brückenköpfe und die neutrale Zone, also auch für Elsaß-Lothringen. Der dienstliche Verkehr mit unseren Behörden und Postdienststellen soll ungehindert stattfinden. Man vermutet aber, daß dies in diesen Gebieten unter der Kontrolle des Feindes geschieht.

Personalnachrichten. Gen. Maj. z. D. Rechlin, Komdt. d. Tr. Ueb. Pl. Eisenborn, wurde von dieser Stelle auf sein Gesuch enthoben. Gen. Maj. Grall, i. Frieden b. Stabe d. J. R. 136 wurde z. Disp. gestellt. v Berenhorst, Oberst v. d. Armee, vorher Chef d. Gen. Stabes d. Gouv. Straßburg i. E., i. Frieden i. Stfl. R. 40, wurde unter Verleihung d. Charakters als Gen. Maj. z. Disp. gestellt. v. Linstow, Oberst z. D. u. Vorst. d. Art. Dep. in Hannover, wurde von dieser Stelle unter Verleihung d. Charakters als Gen. Maj. enthoben.

Anmeldung von Bürgerquartieren. Der Aufruf des Magistrats Berlin zur Bereitstellung von Quartieren für die heimkehrenden Krieger hat lebhaften Widerhall gefunden. Der Magistrat ersucht uns aber mitzuteilen, daß es dringend nötig sei, die Meldungen sofort einzureichen, damit der Magistrat bald ständiges Bild bekommt, über wieviel Quartiere er bereits verfügen kann. Der Magistrat legt besonderen Wert auf freiwilliges Angebot von Quartieren für unsere Soldaten, da er ihm zugelegten Befugnis zur Zwangseinquartierung möglichst gelinden Gebrauch machen möchte.

Zweiundzwanzig Zentner Bonbonzucker beschlagnahmt. Bei den Berliner Bonbonkochern wurden bekanntlich fünf Mengen von Zucker beschlagnahmt. Die Besitzer der Kocherei übereinstimmend an, daß sie den Zucker von Soldaten gekauft. Gestern ist es aber dem Berliner Kriegswucheramt gelungen, stellen, daß die Vermutung, es handle sich um gestohlenen Zucker, zutrifft. 22 Zentner Zucker, die mit Schiff ankamen, wurden heimlich von einem Schiffer Altenkirch und sollten zu Wucherpreisen an mehrere bereits darauf Bonbonkocher weitergegeben werden, als es gelang, die gan schaft festzunehmen. Die Zuckermenge wurde sofort der Rei stelle zugeführt.

Im Scherz den Ehemann erschossen. Ein schwerer U fall hat sich im Hause Uferdomstraße 13 ereignet. Dort 23 Jahre alte Frau Frieda Böhmer mit dem geladenen R ihres Ehemannes, des 24jährigen Soldaten beim Sicherh Richard Böhmer gespielt und im Scherz auf ihren Mann Bette lag, angelegt. Dabei entlud sich die Waffe, die Kug Böhmer in den Kopf und führte seinen sofortigen Tod herbei Böhmer wurde festgenommen und dem Polizeipräsidium zug

Tariferhöhung für den Pferdeomnibus. Die A Berliner Omnibusaktiengesellschaft hat den Tarif der Pferde linien, der für die Teilstrecke 7½ und für die ganze Strecke 10 beträgt, für die Teilstrecke auf 12½ und für die ganze St 20 Pfennig erhöht. Diese Erhöhung tritt am 1. Dezember

* Der Kurszettel ohne festverzinsliche Papiere?

Die Aufhebung des Kursveröffentlichungsverbots steht unmittelbar bevor und infolgedessen wird die öffentliche Verbreitung von Kursisten bereits in den nächsten Tagen erfolgen können. Der Veröffentlichung der Kurszettel durch die Presse stehen allerdings — wenigstens in der Form, in der sie sich früher erfolgte — infolge der zurzeit ausserordentlich beschränkten Papierzuteilung vorerst noch kaum überwindbare Schwierigkeiten entgegen. Was den Umfang des amtlichen Börsenverkehrs betrifft, so soll dieser nach den bislang bestehenden Absichten zunächst nur auf die Dividendenpapiere beschränkt bleiben. Eine Notierung der festverzinslichen Werte, also insbesondere der Staats- und Stadtanleihen, Hypotheken-Pfandbriefe und sonstigen Privatobligationen, die ursprünglich bereits für einen nahen Zeitpunkt geplant war, soll nach dem letzten Beschlusse des Börsenvorstandes nun erst nach Abschluss des Präliminarfriedens wieder aufgenommen werden. Ist die Meldung zutreffend, dass die Verhandlungen für den Präliminarfrieden in der zweiten Hälfte des Dezember aufgenommen werden sollen, so können noch Monate vergehen, ehe ein amtlicher Börsenverkehr für die festverzinslichen Werte und demzufolge eine Veröffentlichung amtlicher Kurse erfolgen kann. Wir vermögen einen berechtigten Grund für eine solche Verzögerung nicht zu erkennen. Börsentechnische Hindernisse dürften der Notierung der festverzinslichen Papiere kaum entgegenstehen, abgesehen vielleicht davon, dass die Feststellung amtlicher Börsenkurse für die deutschen Kriegsanleihen noch gewissen Schwierigkeiten oder vielleicht besser gesagt Widerständen begegnet. Unseres Dafürhaltens kann dieser Umstand aber nicht ausschlaggebend für die Behandlung des gesamten Marktes der festverzinslichen Papiere sein, zumal da die Verhältnisse hinsichtlich der Kriegsanleihen nach Abschluss des Präliminarfriedens kaum wesentlich andere sein dürften als jetzt. Es ist ein sehr grosses Material und demgemäss auch laufendes Angebot von Kriegsanleihen vorhanden, dem eine entsprechende natürliche Nachfrage nicht gegenübersteht. Das wird auch nach dem Abschluss des Präliminarfriedens kaum anders sein, und höchstens dann anders werden, wenn die verschiedentlich angekündigte grosse Aufnahmeorganisation für die an den Markt kommenden Kriegsanleihen geschaffen worden ist. Wenn diese nicht beschleunigt werden kann, so liesse sich vielleicht der Ausweg beschreiten, dass vorläufig Mindestkurse für die Kriegsanleihen festgesetzt werden bzw. dass die jetzt bereits im Bankverkehr bestehenden Mindestkurse auch für den Börsenverkehr Geltung erhalten. Jedenfalls ist es ein unhaltbarer Zustand, dass in den heutigen Zeiten ein Kurszettel veröffentlicht wird, der nur die spekulativen Dividendenpapiere und nicht die festverzinslichen Anlagewerte enthält. Es ist richtig, dass diese Papiere zum Teil, besonders auch die heimischen Anleihen zurzeit niedrig im Kurse stehen. Aber es wäre ganz verfehlt, heute auf diesem Gebiete — etwa im Hinblick auf das Ausland — noch die alte Vertuschungs- und Prestigepolitik aufrecht zu erhalten, die auf allen anderen und wichtigeren Gebieten zusammengebrochen ist.

*

*** Der Zwölferausschuss der Berliner Börse** hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, folgende Punkte in den Verhandlungen mit der Kommission des Börsenvorstandes zur Beratung zu stellen: 1. Abänderung der Börsenordnung § 5. a) Aenderung der Wahlordnung in dem Sinne, einer stärkeren und den einzelnen Berufsständen gerechter werdenden Vertretung der Fondsbörse. b) Ausschaltung der Handelskammer als Aufsichtsbehörde und des Wahlprivilegs der Aktienen der Kaufmannschaft. 2. Bildung einer alle Gruppen umfassenden Kommission aus Mitgliedern des Börsenvorstandes zur sachverständigen Beratung der Regierung. 3. Wahl des Ehrengerichts durch den Börsenvorstand 4. Publikationsfreiheit des Kurszettels. 5. Abänderung der Börsengeschäftszeit. 6. Umbildung des jetzigen Wertpapierumsatzverkehrs, a) Einheitskurse, b) Termingeschäft. 7. Aufhebung des Kriegszuschlags auf den Umsatzstempel. 8. Aufhebung der im Kriege erlassenen Beschränkungen. 9. Ausschaltung der Institution des Staatskommissars. 10. Unterstellung der Kursmakler unter den Börsenvorstand.

* An der Börse

eröffnete heute der Verkehr in matter Haltung, da das Finanzprogramm der neuen Regierung und die sehr hohen Forderungen der Arbeiter Verstimmungen und Besorgnisse hervorriefen. Am Montanaktienmarkt erfolgten zum Teil sehr beträchtliche Kursrückgänge. So erlebten die Aktien der Bismarck-Hütte einen heftigen Kurssturz, ebenso wichen die Aktien des Bochumer Vereins, des Lothringer Hüttenvereins, des Phönix, ferner einige oberschlesische Papiere stark im Kurse. Auch Rüstungswerte waren im Kurse gedrückt, namentlich die Aktien der Rheinischen Metallwarenfabrik, der Daimler Motorenwerke und der Hirsch Kupferwerke. Mehrprozentige Kursabschwächungen wiesen auch Elektrizitätsaktien auf. Auch Anilinwerte senkten sich im Kurse, ferner die Aktien der Deutschen Kaliwerke. Schiffahrtsaktien waren teilweise etwas besser behauptet, und zwar besonders die Aktien der Deutsch-Australischen Schiffahrts-Akt.-Ges., der Hamburg-Amerika-Linie, des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Akt.-Ges. Dagegen waren die Aktien der Hansa-Dampfschiffahrts-Akt.-Ges stark angeboten und wesentlich niedriger im Kurse. Die Aktien der Türkischen Tabakregie-Gesellschaft ermässigten sich heute erheblich im Kurse, ausserdem gingen noch im Kurse zurück die Aktien der Orientbahn, der Schantung-Eisenbahn und der Grossen Berliner Strassenbahn. Zum Teil waren die Abschwächungen in den letztgenannten Papieren allerdings nur gering.

Im Verlauf der Börse setzte sich die Abwärtsbewegung der Kurse noch fort, und zwar hauptsächlich in Montanwerten, in einzelnen Rüstungspapieren, aber auch in Schiffahrtsaktien. Das Angebot war an der heutigen Börse zunächst nicht bedeutend, doch fehlte es andererseits an einer irgendwie im Gewicht fallenden Kaufneigung. Späterhin verstärkte sich das an den Markt kommende Material.

Am Markte der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Haltung heute schwach, es fanden fast ausschliesslich Kursrückgänge statt.

Im freien Verkehr war die Tendenz gleichfalls überwiegend schwächer und zwar senkten sich u. a. im Kurse die Aktien der Benz & Cie.-Akt.-Ges., der Scheidemandel-Akt.-Ges., der Deutschen Petroleum-Akt.-Ges., der Erdöl-Akt.Ges., der Steaua Romana-Ges., des Stahlwerks Becker, der Polyphonwerke und der Hansa Lloydwerke. Auch die Aktien von Petersburger Banken waren im Kurse rückgängig.

Am Rentenmarkt waren österreichisch-ungarische Renten angeboten, russische Anleihen etwas befestigt. Nachfrage bestand ferner für Pfundanleihen.

Eine wesentliche Kurserholung erzielten an der heutigen Börse die heimischen Anleihen. Die Nachfrage, die nach diesen Werten bestand war auf die Erklärung des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Schiffer zurückzuführen, wonach die neue Regierung nicht daran denke, irgendetwas an den Bedingungen der Kriegsanleihen, sowohl was die Schuldverschreibungen, als auch was die Reichsschatzanweisungen anbetrifft, zuungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Auf diese Erklärung hin stiegen hauptsächlich die Kurse der 3proz. Deutschen Reichsanleihe, der 2proz. Preussischen Konsols, ferner die der 3½- und 4proz. Werte. Auch die Reichsschatzanweisungen waren im Kurse befestigt.

Die Devisenkurse waren heute unverändert.

Am Geldmarkt stellte sich tägliches Geld unverändert auf 4½ pCt. und der Privatdiskont auf 4⅝ pCt. und darunter.

*

Wien, 18. November. (W. T. B.) Die Börse nahm nach dreitägiger Unterbrechung den Verkehr in gedrückter Haltung auf. Das Angebot war nicht dringend, aber im Hinblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse fehlte Nachfrage. Verhältnismässig fest hielten sich einzelne böhmische Werte und Türkische Lose.

*** Budapest**, 18 November. (Privat-Telegramm.) Die heutige Börse verlief vollkommen geschäftslos; Abschlüsse kamen nicht zustande.

Amsterdam, 18. November. Wechsel auf Berlin 33,20 (K. v. 16.: 32,75), auf Wien 18 (18,50), auf die Schweiz 48,10 (48,05), auf Kopenhagen 64,10 (64,15), auf Stockholm 67,40 (67,35), auf New-York 240 (—), auf London 11,44¾ (11,45), auf Paris 44,15 (44,20).

Kopenhagen, 18. November. Sichtwechsel auf Hamburg 52,25 (K. v. 16.: 53,50), auf Amsterdam 156,50 (—), auf schweizer. Plätze 75,25 (75,75), auf London 17,82 (17,85), auf Paris 69,25 (69,25).

Stockholm, 18. November. Sichtwechsel auf Berlin 50 (K. v. 16.: 50) auf Amsterdam 149,50 (149), auf schweizer. Plätze 71,50 (72), auf London 17 (17,05), auf Paris 65,75 (65,75).

*** Dividendennachzahlung bei der Hochfrequenz-Maschinen-Akt.-Ges.** für drahtlose Telegraphie. Die Gesellschaft hat der Tagesordnung ihrer Generalversammlung vom 29. November d. J. noch den Antrag eines Aktionärs hinzugefügt, laut dem die Bilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnungen für die Jahre 1914/17 vorgelegt werden sollen. Es wird vorgeschlagen, für diese vier Jahre je 10 pCt. Dividende und 5 pCt. Bonus für die 1 600 000 M. Aktien Lit. A., je 10 pCt. Dividende und 18,8 pCt. Bonus für die 500 000 M. Aktien Lit. B. zur Ausschüttung zu bringen. — Die Verwaltung wird, wie sie uns auf Anfrage mitteilt, den Anträgen zustimmen. Die Aktionäre erhalten also auf einmal grössere Summen ausgezahlt, und zwar die Inhaber von Aktien Lit. A. 60 pCt. und Lit. B. 115,2 pCt. Die Gesellschaft zahlte zuletzt für das Jahr 1913/14 eine Dividende für die Aktien Lit. A. von 24 pCt. und Lit. B. von 57,6 pCt. Die Beträge für diese Ausschüttungen stammten aus dem Verkauf von Patentansprüchen.

Archimedes Akt.-Ges. für Stahl und Eisenindustrie in Berlin. In der Generalversammlung, in der 1 220 000 M. Aktienkapital vertreten waren, wurde die Dividende auf 25 pCt. festgesetzt. Bezüglich der Aussichten teilte der Vorsitzende mit, dass er nicht in der Lage sei, unter den heutigen allgemeinen und politischen Verhältnissen irgendeine Angabe über die weitere Entwicklung des laufenden Geschäftsjahres zu machen. Zurzeit sei die Gesellschaft noch reichlich mit Aufträgen versehen.

*** Kattowitzer Akt.-Ges. für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb.** Der Gesellschaft wurde für das in den Gutsbezirken Rokittnitz und Mikultschütz belegene Steinkohlenbergwerk Preussen die Erweiterung 2 vom Oberbergamt Breslau verliehen.

*** Die Generalversammlung der Vereinigte Berliner Kohlenhändler Akt.-Ges.,** die bekanntlich zur Deutsch-Luxemburgischen Bergwerksgesellschaft und zu dem Grossindustriellen Hugo Stinnes in enger Beziehung steht, setzte die Dividende auf 7 pCt. fest. Die Aussichten lassen sich, wie die Verwaltung mitteilte, als nicht sonderlich günstig bezeichnen, und zwar vor allem im Hinblick darauf, dass infolge der Demobilisierung mit einer zeitweiligen Einstellung des Eisenbahngüterverkehrs zu rechnen ist.

*** Schlesische Cellulose Akt.-Ges.,** in Kunnersdorf. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 24 pCt. fest gegen 14 pCt. i. V. Wie der Vorstand berichtete, habe sich das laufende Geschäftsjahr bisher gut entwickelt, so dass ein günstiges Ergebnis zu erwarten sei. Die Statutenänderung zur anderweiten Regelung der Bezüge des Aufsichtsrats wurde genehmigt.

*** Abbau der Zwangswirtschaft in Futtermitteln.** Der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands e. V. hat an das Kriegsernährungsamt eine Eingabe gerichtet, in der alle Forderungen der Gegenwart genannt werden: die Durchführung der überseeischen Einfuhr durch den Handel und schnellstmögliche Wiederherstellung des freien Verkehrs mit inländischen und eingeführten Futtermitteln; ausserdem soll die Willkür der Kommunalverbände in der Auswahl der als Kommissionäre zu beschäftigenden Firmen beseitigt werden. Der Verband weist darauf hin, dass die Verpflichtung, die aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten und Arbeiter wieder einzustellen, nur dann ertragen werden kann, wenn die seit vier Jahren stillgelegten Betriebe wieder in die Lage versetzt werden, ihre Berufstätigkeit aufzunehmen.

*** Die diesjährige Zuckererzeugung Deutschlands** dürfte nach Auslassungen des Statistischen Bureaus von F. O. Licht geringer werden als im Vorjahre. In den meisten Mittel- und westdeutschen Gebieten fallen die Ackererträge 10—15 Ztr. je Morgen kleiner aus. Auch die Ausbeute reicht, abgesehen von einigen östlichen Gebieten, nicht an die vorjährige Ziffer heran. Der sich daraus Weltvorrat beläuft sich auf 1 300 000 gegen 1 491 000 To. im Vorjahre.

*** Ausfuhr von Holz nach Holland.** Die Zentralstelle für die Ausfuhrbewilligungen in der Holzindustrie teilt mit, dass in Kreisen des Holzhandels vielfach die Auffassung bestande, dass in Zukunft die Ausfuhrverbote für Holz soweit Holland in Betracht komme, fallen gelassen seien. Dieses trifft nicht zu. Lediglich die bisher verlangte eidesstattliche Verbleibserklärung der holländischen Firmen so wie anderer ausländischer Firmen werde nicht mehr gefordert, die bereits abgegebenen eidesstattlichen Verbleibserklärungen werden ausser Gültigkeit gesetzt und die von holländischen Firmen zur Sicherung dieser Verbleibserklärungen gestellten Bankgarantien zurückgezahlt.

* Die Eisenindustrie in der Uebergangswirtschaft

Aus Rheinland-Westfalen wird uns geschrieben:

nicht angenommen werden, dass mit dem Aufhören des die die Bewegung der Preise am Eisenmarkt einen ähnlichen umgekehrter Richtung einschlagen wird wie in den verf Kriegsjahren. Die Knappheit an Material und der Umsa für Eisen und Eisenfabrikate mangels irgendeiner B durch die amtlichen Stellen jeder Preis angelegt wurde bekanntlich zur Folge, dass bis zum Frühjahr 1917 die A bewegung für die Eisenpreise, ausgehend vom Rohstof fast ohne Pause vor sich ging. Am stärksten trat Fertigeisenmarkte in einigen besonders knappen Erzeugn die Erscheinung, beispielsweise in Feinblechen, f geradezu Phantasiepreise bezahlt worden sind. im Frühjahr 1917 die Aufwärtsbewegung i Preisen — die selbst von Werken mit ungeheuren ergebnissen als nicht immer gewinnbringend bezeichn den — von neuem beginnen sollte, haben bekanntlich lichen Stellen eingegriffen und dem Unfug durch Fest von Höchstpreisen wenigstens zu einem Teil zu begegn sucht. Die Folge hiervon war, dass die sehr hohen Noti vom Frühjahr des Vorjahres bis jetzt nur dort noch ein schlag erfuhren, wo die Werke die Notwendigkeit de erhöhung mit stark gesteigerten Selbstkosten belegen Auf diese Weise wurden Erze, Roheisen und Kohlen noc Male im Preise hinaufgesetzt. Bei den Fertigfabrikaten is dem jedesmal beim Beginn eines neuen Lieferabschnittes getretenen Verlangen nach weiterer Erhöhung der Prei stattgegeben worden. Unter Berücksichtigung der ganz hältnisse darf angenommen werden, dass die nächste Z eine starke Knappheit an Material als einen Ueberfluss a wird. Die ganze Entwicklung wird davon abhängen, ob welchem Umfange Erze und andere Rohstoffe liefert werden, die einen einigermassen normalen Bet statten. In dieser Hinsicht bestehen bei den Werksleitern Befürchtungen. Schon jetzt zeigen sich im Verkeh Stockungen in der Anlieferung von Brennstoffen, die triebseinschränkungen geführt haben und weiter zur Folg können, dass einzelne Betriebe die Anlagen ganz müssten. Auf einigen Hüttenwerken sind zwar noch einem Umfange vorhanden, der für die nächsten Mona Zufuhr die Aufrechterhaltung eines reduzierten H betriebes gestatten, auch das Siegerland und andere inlä Erzreviere werden über die mangelnde Zufuhr aus den bis Hauptversorgungsgebieten (besonders Lothringen) mit helfen können. Ob aber die Wagengestellung in der n Zeit eine derartige sein wird, dass eine auch nur einige normale An- und Abfuhr der Güter erfolgen kann, ist zu dessen sehr zweifelhaft. Die Folge würde sein, dass das Markt kommende Material nur geringen Umfanges wä dieser Umstand könnte den Anreiz bieten, durch hoh forderungen für besonders gesuchte und knappe Eisenso Tempo der Preisbildung herbeizuführen, welches demjeni ersten Kriegsjahre nicht allein gleichkommen, sondern übertreffen könnte. Unter diesen Umständen ist es zu be dass die bisherigen Höchstpreise auch zun weiter bestehen sollen, wenngleich das System zugs- und Dringlichkeitsscheine fallen gelassen worden is

Dividenden und Abschlüs

Farbwerke Act.-Ges. in Düsseldorf: Ueberschuss für 68 419 M. (i. V. 50 891) Dividendenvorschlag: 6 pCt. (4).

Sächsische Plüsch- und Krimmerfabrik Akt.-G Elsterberg: 0 pCt. (i. V. 0).

Zwirnerei Saxonia Akt.-Ges. in Meerane: Vorsch 1917/18: wieder 10 pCt.

BERLINER HANDELSREGISTER.

Abt. A. A. Schmidt & Co., Charlottenstr. 96. Pers. h ist Adolf Schmidt. Prokurist Adolf Freese. Beginn 1. 9. 18. Zw mandit-Ges. sind beteiligt. — Schruth & Heines, Berlin-Wil Chlandstr. 78. Ges. m. beschr. Haftung. Schruth u. Rudolf Heines. 1. 4. 09. — Schubart & Borchardt, Potsdamer Str. 56. Erich Schubart u. Richard Borchardt. Beginn 1. 9. 18. — S Musikverlag Michail Mihaescu, Potsdamer Str. 9 ist Michail Mihaescu. — Selma Zimmermann, Berlin-Sch Eisenacher Str. 100. Inh. ist Frl. Selma Zimmerman. — H Krause Milchpächter. Die Firma lautet jetzt Emil Milchpächter. Inh. ist jetzt Emil Werner. — E holtz. Inh. ist jetzt Gust. Waldemar Ulleberg. — Gelösch Firma: Otto Rösener.

Abt. B. Grundstücksgesellschaft Pannierstr m. b. H., Charlottenburg. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf Schülke. — Branoao G. m. b. H., Charlottenburg. Stamm Mark. Geschäftsf. John Bauer u. Hans Branco. — Mu Betcke & Co., G. m. b. H., Danzig-Charlottenburg. Stamm Mark. Geschäftsf. Walter Betcke u. a. — Invalidendank handlung G. m. b. H. Stammk. 20 000 M. Geschäftsf. Adolf schmidt. — Spankorbfabrik Ortelsburg Ostpr. G. Charlottenburg. (Früher Allenstein.) Stammk. 25 000 M. Ge Samuel Aronsohn.

Morgen voraussichtlich Wetter in Berlin und Umg Wischel bitter, aber ziemlich fest, überwiegend bewölkt und trocken ohne erhebliche Niederschläge.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Ziemlich ge erträglich, meist gering, nur im östlichen Ostseegebiet etwas stärkere und Regenfälle.

Verantwortlich Redakteure: für innere Politik: Erich Dombr Lichterfelde, für auswärtige Politik: Josef Schwab, Berlin; für Berichtes Gerichtssaal und Sport: Arno Scholz, Wilmersdo das Feuilleton: Paul Block-Scheberg; für die Handel Dr. jur. Felix Pinner-Friedenau; für den übrigen Teil des Albert Ulle, Charlottenburg; für die Inserate: Robert Ri
Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin